761.12 Vollziehungsverordnung zum Sozialhilfegesetz betreffend die Leistung von Investitionsbeiträgen an Heime (Sozialhilfeverordnung 2)

vom 28. Mai 1991¹

Der Landrat,

gestützt auf Art. 60 der Kantonsverfassung, in Ausführung von Art. 132 des Gesetzes vom 30. April 1978 über die Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)²,

beschliesst:

I. GELTUNGSBEREICH

§ 1 Grundsatz

1 Diese Verordnung regelt die Leistung von Investitions- beziehungsweise Abschreibungs- und Verzinsungsbeiträgen (Art. 90-96 Sozialhilfegesetz) an folgende Heime und Anstalten im Kanton, die dem Vollzug der Sozialhilfegesetzgebung dienen:

1. Pflegeheime;
2. Heime für Betagte;
3. Behindertenwohnheime.

2 An die Kosten der Errichtung oder der Erweiterung von Pflegeheimen und Behindertenwohnheimen werden einmalige Investitionsbeiträge geleistet; an Heime für Betagte, die eine besondere Pflegeabteilung führen, können einmalige Investitionsbeiträge geleistet werden; diese Heime erhalten für die Betreuung von pflegebedürftigen Heiminsassen in den betreffenden Betten keine Abschreibungs- und Verzinsungsbeiträge.

3 An Heime für Betagte, die zusätzlich zu den ordentlichen Grundleistungen Hilfeleistungen zugunsten von pflegebedürftigen Heiminsassen erbringen, werden Abschreibungs- und Verzinsungsbeiträge ausgerichtet.

II. INVESTITIONSBEITRÄGE

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 2 Bauvorschriften

- 1 Für den Bau und die Einrichtung von beitragsberechtigten Heimen sind sinngemäss anwendbar:
1. Richtlinien für die Ermittlung der anrechenbaren Kosten des Amtes für Bundesbauten (Ausgabe 1. November 1985);
 2. für Pflegeheime: Richtprogramm für Altersheime, Pflegestationen und Pflegeheime des Bundesamtes für Sozialversicherung (Ausgabe 1. Juli 1980);
 3. für Behindertenwohnheime: Richtprogramm für Invalidenbauten des Bundesamtes für Sozialversicherung (Ausgabe 1. Mai 1987).
- 2 Die kantonale und kommunale Baugesetzgebung bleibt vorbehalten.

§ 3 Beitragsgesuch

Das Gesuch um Bewilligung eines Investitionsbeitrages ist vor dem Beginn der Planungsarbeiten beim Regierungsrat einzureichen.

§ 4 Beitragszusicherung

Investitionsbeiträge gemäss Art. 90-93 des Sozialhilfegesetzes werden durch den Regierungsrat zugesichert.

§ 5 Baubeginn

- 1 Mit dem Bau beziehungsweise mit der Erweiterung eines Pflegeheimes oder eines Behindertenwohnheimes darf vor erfolgter Zusicherung des Investitionsbeitrages nicht begonnen werden.
- 2 Der Regierungsrat kann ausnahmsweise den vorzeitigen Baubeginn bewilligen.

§ 6 Auszahlung

1 Der Gesuchsteller hat nach dem Abschluss der Bauarbeiten dem zuständigen Departement eine detaillierte Bauabrechnung und die Ausführungspläne einzureichen.

2 Das zuständige Departement ist berechtigt, vor der Auszahlung des Investitionsbeitrages vom Gesuchsteller Auskünfte und Unterlagen, insbesondere Rechnungs- und Zahlungsausweise zu verlangen.

3 Das zuständige Departement veranlasst die Auszahlung des Investitionsbeitrages; es kann auf Gesuch hin entsprechend dem Fortschreiten der Bauarbeiten aufgrund von Zwischenabrechnungen im Rahmen der verfügbaren Mittel Teilzahlungen bewilligen.

§ 7 Zweckentfremdung

Werden Heime, für die einmalige Investitionsbeiträge ausgerichtet wurden, innerhalb von 25 Jahren dauernd ganz oder teilweise zweckentfremdet, ist der Investitionsbeitrag verhältnismässig zurückzubezahlen.

2. Pflegeheime

§ 8 Kostenpauschale

1 Die Kostenpauschale je Pflegebett für die im Sinne von Art. 92 des Sozialhilfegesetzes notwendigen Investitionskosten (Baukosten inklusive Einrichtung) beträgt Fr. 300 000.-.³

2 Die Kostenpauschale je Pflegebett beinhaltet anteilmässig die Kosten der erforderlichen Betriebsräume und Betriebseinrichtungen.

3 Die Kostenpauschale je Pflegebett basiert auf dem Stand des Zürcher Baukostenindex von 113,5 Punkten (Basis 1. Oktober 1988 = 100 Punkte); verändert sich dieser Index, erfolgt ein Ausgleich, wobei ein Indexpunkt 0,88 Prozent Zulage oder Abbau zur Folge hat; bei der sich ergebenden Prozentzahl wird nach dem Komma nur die erste Stelle berücksichtigt.

§ 9 Beitragsberechnung

1 Der Investitionsbeitrag für Pflegeheime beträgt gemäss Art. 90 Abs. 2 Ziff. 1 des Sozialhilfegesetzes 80 Prozent der beitragsberechtigten Kosten.

2 Die Kostenpauschale je Pflegebett ist der Teuerung anzupassen; massgebend ist der drittletzte Stand des Zürcher Baukostenindex vor der Betriebseröffnung.

3. Behindertenwohnheime

§ 10 Beitragsberechtigte Kosten

Die beitragsberechtigten Kosten im Zusammenhang mit der Errichtung oder der Erweiterung von Behindertenwohnheimen werden gemäss Art. 101 der eidgenössischen Verordnung über die Invalidenversicherung⁴ festgestellt.

§ 11 Kantonsbeitrag

Der Kantonsbeitrag an Behindertenwohnheime umfasst nach Abzug des Bundesbeitrages die verbleibenden beitragsberechtigten Kosten.

§ 12 Kostenbeteiligung der Gemeinden

1 Die politischen Gemeinden haben gestützt auf Art. 87 Abs. 1 Ziff. 6 und Art. 87 Abs. 2 des Sozialhilfegesetzes die Hälfte der Baubeiträge des Kantons an die Behindertenwohnheime zu tragen.

2 Mit der Entrichtung von Teilzahlungen des Kantons werden verhältnismässige Teilzahlungen der Gemeinden fällig; der Regierungsrat legt die Teilzahlungen der Gemeinden fest.

III. ABSCHREIBUNGS- UND VERZINSUNGSBEITRÄGE

§ 13 Grundsatz

Heime für Betagte, die zu den ordentlichen Grundleistungen zusätzliche Hilfeleistungen zugunsten von pflegebedürftigen Heiminsassen erbringen, erhalten zur Entlastung der Betriebsrechnung Abschreibungs- und Verzinsungsbeiträge.

§ 14 Beitragsvoraussetzungen

1 Als zusätzliche Hilfeleistungen zugunsten von pflegebedürftigen Heiminsassen werden anerkannt:

1. weitgehende oder vollständige Bettlägrigkeit;

2. Hilfsbedürftigkeit beim Essen;
3. umfassende Hilfsbedürftigkeit bei der Zimmerversorgung;
4. tägliche Hilfeleistungen bei der Grundpflege und bei der Hygiene;
5. tägliche Behandlungspflege;
6. volle Übernahme persönlicher Angelegenheiten;
7. intensive Einzelbetreuung bezüglich der Alltagsgestaltung.

2 Der Beitrag wird entrichtet, wenn für die Erbringung der Hilfeleistungen gemäss Abs. 1 zusätzlich zu der ordentlichen Pensionstaxe eine Rechnungsstellung für die Zusatzleistungen im Betrage von mindestens Fr. 600.- je Monat an den Heiminsassen erfolgt.

§ 15 Anpassung an die Teuerung

1 Der monatliche Mindestbetrag gemäss § 14 beruht auf dem Landesindex der Konsumentenpreise von 120,2 Punkten (Stand Ende Dezember 1982 = 100 Punkte).

2 Verändert sich dieser Index, erfolgt aufgrund des Indexstandes vom 30. November für das folgende Jahr eine Anpassung, wobei ein Indexpunkt 0,83 Prozent Zulage oder Abbau zur Folge hat; der monatliche Mindestbetrag gemäss § 14 wird jeweils auf die nächsten zehn Franken aufgerundet.

§ 16 Beitragsberechnung

1 Die Beitragsleistung je Pflage tag für Heime gemäss § 13 wird gestützt auf Art. 96 des Sozialhilfegesetzes nach folgender Formel berechnet:

Kostenpauschale x 0,4 x (Abschreibungs- und Zinssatz)

365 Tage

- 2 Der sich ergebende Betrag wird auf den nächsten Franken aufgerundet.
- 3 Die Kostenpauschale je Pflegebett (§ 8) ist unter Berücksichtigung des Baukostenindex festzulegen; massgebend ist der drittletzte Stand des Zürcher Baukostenindex vor der Betriebseröffnung des betreffenden Heimes.
- 4 Der Abschreibungssatz beträgt zwei Prozent. Der Zinssatz wird jeweils für ein Jahr festgelegt; er entspricht dem am 1. Januar geltenden Zinssatz der Nidwaldner Kantonalbank für erste Althypothenen.

§ 17 Verfahren

1 Das Gesuch betreffend Ausrichtung eines Abschreibungs- und Verzinsungsbeitrages ist jährlich durch die Heimleitung beim zuständigen Departement einzureichen; dem Gesuch ist eine Liste über die Zahl der Pflage tage je Heiminsasse und die in Rechnung gestellte Pflage taxen beizulegen.

2 Das zuständige Departement ist berechtigt, für die Prüfung der Beitragsberechtigung von der Heimleitung weitere Unterlagen und Auskünfte, insbesondere Einblick in die Buchführung und Belege zu verlangen.

3 Das zuständige Departement kann auf Gesuch hin auf Ende Jahr eine Teilzahlung bewilligen.

IV. SCHLUSSBESTIMMUNG

§ 18 Rechtskraft

- 1 Diese Verordnung untersteht dem fakultativen Referendum; sie ist im Amtsblatt zu veröffentlichen.
- 2 Sie tritt gemäss Art. 46 des Organisationsgesetzes⁵ auf den 1. Januar 1992 in Kraft und ist in die Gesetzessammlung aufzunehmen.